

EDITORIAL



Der Bundestag hat das Energiesammelgesetz trotz viel Kritik angenommen. (Foto: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann)

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundestag hat das Energiesammelgesetz angenommen. Der Bundesrat wird sich nunmehr abschließend mit dem Gesetzespaket befassen. Heftige Kritik gab es bei der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung.

Der Dauerlauf in der Energiegesetzgebung setzt sich fort. Aktuell hat der EU-Ministerrat die Spitze übernommen und die mit dem EU-Parlament ausgehandelten Kompromisse zu den ab 2020 geltenden Richtlinien für Erneuerbare und Effizienz abgeseget.

Das Gebäudeenergiegesetz leiste keinen Beitrag für mehr Klimaschutz, zu diesem Urteil kommt Janet Hochi, Geschäftsführerin des Biogasrats, im Gastkommentar.

Der Bochumer Immobilienkonzern Vonovia fährt seine Investitionen in die energetische Sanierung seines Wohnungsbestandes drastisch zurück.

Armin Michaely, Sustainability Manager Ikea Deutschland, berichtet über das Solarangebot seines Unternehmens. Florian Müller, Abteilungsleiter der Digital Energy Solutions, stellt die Erweiterungen der Viessmann-Community „ViShare“ vor.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre,
Oliver Risse
Redakteur
energate immo

INHALTSVERZEICHNIS

EDITORIAL

🏠 POLITIK & RECHT

Bundestag segnet Energiesammelgesetz ab	2
EU-Ministerrat gibt grünes Licht für neue Richtlinien	2
Verlinden: „Eine CO ₂ -Bepreisung in allen Sektoren ist machbar“	3
Hochi: „Gebäudeenergiegesetz leistet keinen Beitrag für mehr Klimaschutz“	4
KWK-Gesetz soll bis 2025 laufen	5
BNE fordert Reform des Messstellenbetriebsgesetzes	5
Bund erwägt neues Förderprogramm für kommunale Wärmenetze	5

🏢 MARKT & UNTERNEHMEN

Vonovia streicht Sanierungspläne	6
Michaely: „Ikea kann neue Kundengruppen für Solarenergie begeistern“	6
„Raustauschwochen“: Über 7.200 alte Heizungen ersetzt	7
Gasag Solution Plus: Wilhelm folgt auf Mattat	8
Stahlwerk wärmt Georgsmarienhütte	8
Stadtwerke Rostock wenden sich der Wohnungswirtschaft zu	8
Neues Wärmeversorgungssystem für Uni Bayreuth	9
Drewag baut Wärmespeicher aus	9
Vattenfall startet Power-to-Heat-Anlage in Hamburg	9

🚀 DIGITAL & INNOVATIV

Schmitt: „Moderne Messeeinrichtung muss Mehrwert liefern“	10
Tiko baut mit Sonnen virtuelle Batterie	10
Viessmanns Energiecommunity soll wachsen	11
ADAC: Sechs von zwölf Wallboxen nicht empfehlenswert	12

KWK & ERNEUERBARE

Bundestag segnet Energiesammelgesetz ab

Berlin (energate) - Der Bundestag hat umfassende Neuerungen bei der Erneuerbaren- und KWK-Förderung beschlossen. Das sogenannte Energiesammelgesetz verlängert einerseits die KWK-Förderung um drei Jahre bis 2025. Zudem regelt es die zusätzliche Ausschreibung von Solar- und Onshore-Windparks in den Jahren 2019 bis 2021. Sonderausschreibungen von 8.000 MW sollen helfen, die Klimaschutzlücke Deutschlands zu schließen. Zudem enthält das Gesetz weitere Neuregelungen etwa zum Eigenverbrauch von KWK-Strom oder zur Nachtkennzeichnung von Windrädern. Ursprünglich war das Gesetzespaket als „100-Tage-Gesetz“ geplant. Streitereien innerhalb der Regierungskoalition hatten einen Beschluss aber lange verzögert.

Auch im Bundestag ging es bei der abschließenden Debatte hitzig zu. CDU-Politiker Jens Koeppen beklagte, dass die KWK für die zusätzliche Erneuerbareförderung „in Geiselnhaft“ genommen wurde. Er machte deutlich, dass er die EEG-Sonderausschreibungen keineswegs begrüßt: „Wir fördern blind den Ausbau“, sagte er. 65 Prozent erneuerbare Energien bis 2030 hieße, 30.000 neue Windräder zu bauen. Das sei Irrsinn. „Wir brauchen einen Systemwechsel von Aktionismus zu Vernunft“, so der Regierungspolitiker, der damit eher auf Kurs von FDP und AfD lag. Die AfD nutzte ihre Redezeit indes vor allem dafür, ihre Zweifel am menschengemachten Klimaschutz zu betonen, was ebenfalls eine hitzige Anschlussdebatte auslöste. Grüne und Linke machten hingegen klar, dass sie die Vorschläge der Regierung nicht für ausreichend halten, die Klimaschutzziele zu erreichen. „Sie werden krachend scheitern“, sagte Grünen-Politiker Oliver Krischer.

Offshore- und Bioenergie vermissen Impulse

Auch die Energieverbände äußerten Kritik am Gesetz. So sieht sich die Offshore-Windbranche nicht berücksichtigt. „Obwohl im Koalitionsvertrag ein Sonderbeitrag der Windenergie auf See klar formuliert ist, findet sich dazu nichts im Gesetz“, beklagte Andreas Wagner, Geschäftsführer der Stiftung Offshore-Windenergie. Auch die Bioenergiebranche zeigt sich bedingt zufrieden. Zwar sichert ihr das Gesetz künftig zwei Ausschreibungsrunden pro Jahr. Allerdings vermisst der Biogasrat Anreize für den Bau neuer und die Flexibilisierung bestehender Anlagen. Der Bundesverband Erneuerbare Energie sieht im Energiesammelgesetz ebenfalls „keinen großen Wurf“. Denn es sei völlig unklar, wie das 65-Prozent-Erneuerbaren-Ziel bis 2030 erreicht werden soll.

Die Verbände BDEW und VKU hatten im Vorfeld die Verlängerung der KWK-Förderung begrüßt. BDEW-Chef Stefan Kapferer sieht das aber nur als „Zwischenschritt“. „Um den Ausbau der KWK zu

sichern, muss eine Verlängerung bis 2030 erfolgen“, erklärte er. Positiv sieht der BDEW die Sonderausschreibung für Solar- und Onshore-Windenergie, und dass der Solar- und Mieterstrom weniger stark gekürzt werden als ursprünglich geplant. Dass das Gesetz keinen Sonderbeitrag der Offshore-Windenergie vorsehe, sei aber „unverständlich“. Der VKU begrüßte insbesondere, dass die Regelungen zum Redispatch von Erneuerbaren- und KWK-Anlagen aus dem Gesetzesentwurf herausgenommen wurden. Das verschaffe allen Beteiligten die nötige Zeit, um passende Strategien „für diese komplexe Herausforderung“ zu finden.

Nach der Zustimmung durch den Bundestag wird sich Mitte Dezember der Bundesrat abschließend mit dem Gesetzespaket befassen. Auch die Länderkammer hatte zuvor Kritik an den Regierungsplänen geäußert./cs

ERNEUERBARE UND EFFIZIENZ

EU-Ministerrat gibt grünes Licht für neue Richtlinien

Brüssel (energate) - Der EU-Ministerrat hat die mit dem EU-Parlament ausgehandelten Kompromisse zu den ab 2020 geltenden Richtlinien für Erneuerbare und Effizienz abgesehen. Zudem gab der Ministerrat grünes Licht für die EU-Governance-Verordnung. Das EU-Parlament hatte bereits im November seine Zustimmung gegeben. Die Texte erscheinen im nächsten Schritt im EU-Amtsblatt, es sei denn es kommt zu einem unregulierten Austritt Großbritanniens aus der EU. Dann müssten die Effizienz-Richtlinie und die Governance-Verordnung angepasst werden. Für die Erneuerbaren-Richtlinie ist das hingegen nicht nötig, da das EU-weite Ziel von 32 Prozent 2030 für Erneuerbare eine relative Größe ist und sich auf den Gesamtenergieverbrauch in der EU bezieht, egal ob ihr 28 oder 27 Staaten angehören. Anpassungen anderer Vorschriften im Energie- und Klimabereich wegen des Brexit seien momentan nicht geplant, erfuhr energate auf Anfrage bei der EU-Kommission.

Die Änderung der Effizienz-Richtlinie und der Governance-Verordnung, die die EU-Kommission Mitte November für den Fall eines unregulierten Brexits vorgeschlagen hatte, war auch Thema im Energieausschuss des EU-Parlaments, der im Januar darüber abstimmen soll. Der EU-Abgeordnete Markus Pieper (CDU) warnte davor, Deutschland wegen des Brexits mehr Anstrengungen bei Energieeinsparungen abzuverlangen: „Es kann nicht sein, dass andere Mitgliedstaaten jetzt mehr leisten müssen“, sagte er. „Ich hoffe, dass dieser Rechtsakt gar nicht notwendig sein wird“, sagte unterdessen die britische EU-Abgeordnete Theresa Griffin, stellvertretend für den tschechischen Berichterstatter Miroslav Poche.

Die in den beiden Rechtsakten enthaltenen Energieverbrauchsdaten für 2030 beziehen sich auf 28 Mitgliedstaaten. Die für 2030 projizierten Zahlen für den End- und Primärenergieverbrauch müssen daher nach unten angepasst werden. Das Einsparziel von 32,5

Prozent bleibt aber unverändert. Weil dieses Ziel unverbindlich ist, soll es durch die EU-Governance-Verordnung gelenkt werden. Diese sieht vor, dass die Mitgliedstaaten nationale Klimapläne aufstellen, die die EU-Kommission aufeinander abstimmt. Nach der Governance-Verordnung müssen die Mitgliedstaaten der EU-Kommission ihre Planentwürfe schon bis Ende 2018 vorlegen. Das gilt also auch für Großbritannien, das dann noch EU-Mitglied ist./rl

GASTKOMMENTAR VON JULIA VERLINDEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verlinden: „Eine CO₂-Bepreisung in allen Sektoren ist machbar“

Berlin (energate) - Zu Beginn der UN-Klimakonferenz in Kattowitz plädiert Julia Verlinden, energiepolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, im Gastkommentar für eine stärkere CO₂-Bepreisung. Damit Verbraucher nicht überbelastet werden, regt sie eine Rückvergütung zusätzlicher Kosten nach Schweizer Vorbild an, zudem sollen sich auch Immobilienbesitzer an den CO₂-Kosten beteiligen.

„Alle wollen einen CO₂-Preis, aber keiner führt ihn ein: Dieser Eindruck entsteht in der aktuellen Debatte zum Klimaschutz. Dabei ist längst klar, dass eine klimagerechte CO₂-Bepreisung in allen Sektoren sinnvoll und machbar ist. Die gesellschaftliche Unterstützung für eine CO₂-Bepreisung ist umso größer, je gerechter die zu zahlenden Klimaschutzbeiträge verteilt sind. Deshalb muss ein geeigneter Vorschlag für einen CO₂-Preis im Wärmesektor Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit verbinden.“

Wir Grüne plädieren dafür, die bisherige Energiebesteuerung auf Heizöl und Erdgas um eine CO₂-Komponente zu ergänzen. Damit klimafreundliches Wohnen für alle bezahlbar bleibt, wollen wir gleichzeitig besonders Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen bei der Energiewende im Gebäudebereich unterstützen:

Erstens legen wir mit dem Aktionsplan 'Faire Wärme' Fördermaßnahmen für den Wärmesektor vor und sorgen dafür, dass Mieter-schutz und Klimaschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zweitens wollen wir mit ambitionierten Energieeffizienzstandards sicherstellen, dass Eigentümer in ihren Gebäuden für geringen Energiebedarf und sparsame, erneuerbar betriebene Heizungen sorgen. Damit werden die Mieter vor hohen Nebenkosten für Heizung und Warmwasser geschützt. Und drittens sollen - ähnlich wie in der Schweiz - Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung von fossilen



Julia Verlinden von den Grünen plädiert für eine umfassende CO₂-Bepreisung. (Foto: Bündnis 90/Die Grünen/Sandra König)

Heizstoffen über Gutschriften pro Person zurückerstattet werden. Das entlastet vor allem Familien.

Mieterinnen und Mieter können am energetischen Zustand und an den Energieträgern, mit dem ihre Wohnungen oder Häuser geheizt werden, selbst wenig ändern. Damit ein CO₂-Preis im Wärmesektor tatsächlich zum Klimaschutz beiträgt, soll er bei denjenigen ansetzen, die die Investitionsentscheidungen treffen: den Vermietern. Sie haben es in der Hand, in einen besseren energetischen Zustand ihrer Häuser und Wohnungen zu investieren und damit für mehr Klimaschutz zu sorgen. Deshalb unterstütze ich den Ansatz, dass die CO₂-Komponente für Heizstoffe in der Nebenkostenabrechnung getrennt ausgewiesen wird und von den Vermietern gezahlt werden

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Geschäftsführung:

Marc Hüther

Chefredaktion:

Christian Seelos

Redaktion:

Philip Akoto, Rouben Bathke, Thorsten Czechanowsky, Stefanie Dierks, Dennis Fischer, Steven Hanke, Mareike Lickfeld, Artjom Maksimenko, Alexander Stahl, Michaela Tix, Karsten Wiedemann, Daniel Zugehör

Ständige redaktionelle Mitarbeit:

Dr. Heiko Lohmann

Handelsregister:

Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de
<http://www.energate-immo.de>

Redaktionsanschrift Berlin:

Joachimstaler Str. 20, D-10719 Berlin
Telefon: +49 30 364100-401

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516
anzeigen@energate.de

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Abonnement:

ener|gate immo erscheint wöchentlich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 39,- € (zzgl. MwSt.) monatlich. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-immo.de Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright:

Sämtliche Informationen wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

muss, sofern ihre Gebäude und Heizungsanlagen nicht dem aktuellen energetischen Standard entsprechen. Damit erhalten Eigentümer einen zusätzlichen Anreiz, die eigenen Immobilien mithilfe von Fördermitteln zu modernisieren.

Auch im Stromsektor wollen wir mehr Gerechtigkeit schaffen. Dafür soll Deutschland - möglichst gemeinsam mit anderen Ländern der EU - einen Mindestpreis für CO₂ bei der Stromerzeugung einführen, der die Stromsteuer ersetzen soll. Ein sozial ausgewogener CO₂-Preis ist ein wesentlicher Baustein in der Klimapolitik. Mit einer wirksamen Preisgestaltung kann die Politik dazu beitragen, die Klimakrise zu begrenzen und so die negativen Auswirkungen zu lindern. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diesen Schritt zu gehen.“

/Julia Verlinden

GASTKOMMENTAR VON JANET HOCHI, BIOGASRAT

Hochi: „Gebäudeenergiegesetz leistet keinen Beitrag für mehr Klimaschutz“

Berlin (energate) - Die Bundesregierung hat einen neuen Entwurf für ein Gebäudeenergiegesetz vorgelegt. Es fasst die verschiedenen Vorgaben zur Energieeffizienz zusammen und soll das Energieeinsparrecht für Gebäude von unnötiger Bürokratie befreien. Verbesserungen verspricht die Regierung beim Einsatz erneuerbarer Energien. So soll der Einsatz von Biomethan in KWK-Anlagen über einen leicht abgesenkten Primärenergiefaktor flexibilisiert werden. Janet Hochi, Geschäftsführerin des Biogasrats, nennt die Vorschläge im Gastkommentar „inakzeptabel und realitätsfern“.



Hochi: „Biomethan wird ohne faktisch nachvollziehbare Gründe im Gesetzentwurf mehrfach diskriminiert.“ (Foto: Biogasrat+ e.V.)

„Noch immer ist die Energiewende im Wärmemarkt nicht angekommen. Der deutsche Wärmesektor wird weiter von fossilen Energieträgern dominiert und nur knapp 13 Prozent der Wärmeerzeugung stellen erneuerbare Energien bereit. Ohne gravierende Änderungen am Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes wird die Energiewende auch in den nächsten Jahren nicht im Wärmemarkt ankommen.“

Aus Sicht der Biomethanbranche wird der Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes in der aktuellen Fassung keinen Beitrag leisten, um die politischen Zielsetzungen für mehr Klimaschutz und Ener-

gieeffizienz im Wärmemarkt zu erfüllen. Er ist inakzeptabel und realitätsfern. Biomethan kann ohne technische Anpassungen und zusätzliche Investitionen in die bestehende Wärmeinfrastruktur integriert werden und ermöglicht den sofortigen, sozialverträglichen Umstieg auf eine klimafreundliche Wärmeversorgung. Es konkurriert aber in Heizungssystemen mit fossilem Erdgas. Im Gegensatz zu Erdgas ist Biomethan als erneuerbarer Energieträger nahezu CO₂-neutral und erzielt gegenüber Erdgas eine CO₂-Minderung von 90 Prozent in KWK-Anwendungen. Diese enormen CO₂-Minderungsvorteile werden im Gesetzentwurf schlichtweg ignoriert.

Gesetz ignoriert bessere CO₂-Bilanz von Biomethan

Biomethan wird im aktuellen Entwurf bei der Festlegung der CO₂-Emissionsfaktoren mit 240 g/CO₂-Äquivalent pro kWh wie Erdgas bewertet und erhält in KWK-Anwendungen einen Primärenergiefaktor von 0,6, der dem von fossilem Erdgas in KWK-Anwendungen entspricht! Darüber hinaus wird Biomethan, das in hocheffizienten Brennwertgaskesseln genutzt wird, nach wie vor mit einem Primärenergiefaktor von 1,1 bewertet, also wieder fossilem Erdgas gleichgestellt, obwohl Biomethan gegenüber Erdgas hier eine CO₂-Minderung von bis zu 50 Prozent erzielt. Unter diesen Rahmenbedingungen besteht für Verbraucher weder ein wirtschaftlicher noch ein klimapolitischer Anreiz, ihre Heizungsanlage auf den Betrieb mit erneuerbarem Gas umzustellen.

Auch gegenüber flüssiger und gasförmiger Biomasse (Bioöl, Biogas), die in unmittelbarer räumlicher Nähe verbraucht und mit einem Primärenergiefaktor von 0,5 bewertet werden, wird Biomethan schlechter gestellt. Dabei liegt der zentrale Vorteil von Biomethan gerade in der Speicherung und dem Transport über das Gasnetz vom ländlichen Raum in die Lastzentren. Im Ergebnis wird Biomethan ohne faktisch nachvollziehbare Gründe im Gesetzentwurf mehrfach diskriminiert, sowohl technologisch bei der Nutzung in Heizungssystemen als auch bei der Festlegung der Primärenergiefaktoren gegenüber anderen Energieträgern.

Primärenergiefaktor auf 0,4 festlegen

Wir fordern von den politischen Entscheidungsträgern, den Beitrag von Biomethan für die Erreichung der klimapolitischen Zielsetzungen im Gebäudesektor und bei der Substitution fossiler Energieträger stärker anzuerkennen. Notwendig dafür ist ein Primärenergiefaktor für Biomethan und Biogas, der die deutlichen Treibhausgas-Einsparungen gegenüber fossilem Erdgas berücksichtigt. Der Primärenergiefaktor für Biomethan und Biogas sollte einheitlich auf 0,4 festgelegt werden, unabhängig davon, ob der Verbrauch in unmittelbarer räumlicher Nähe erfolgt und unabhängig von der genutzten hocheffizienten Heizungstechnologie.“

/Janet Hochi

ENERGIESAMMELGESETZ

KWK-Gesetz soll bis 2025 laufen

Berlin (energate) - Mit den umfangreichen Änderungen durch das Energiesammelgesetz haben sich Union und SPD auch auf eine Verlängerung der KWK-Förderung verständigt. Diese soll nun drei Jahre länger bis Ende 2025 laufen. Energieverbände wie der BDEW und der VKU hatten sich ursprünglich zwar Hoffnungen auf eine Verlängerung bis 2030 gemacht. Dass der Gesetzgeber diesen Wunsch aber nicht erfüllt, hatte sich bereits angedeutet. So hatten Gutachter des Wirtschaftsministeriums in ihrem Evaluierungsbericht zum KWK-Gesetz für eine Laufzeit bis 2025 plädiert. Auch der Bundesrat hatte sich für dieses Datum als vorläufiges Ende der KWK-Förderung ausgesprochen.

Der BDEW begrüßte nun die Verlängerung um drei Jahre. „Wichtig ist zudem, dass KWK-Anlagen, an denen Modernisierungen mit einer Investitionstiefe zwischen 25 und 50 Prozent durchgeführt wurden, in die Übergangsbestimmungen aufgenommen werden“, erklärte der Verband. Betreiber, die in die Modernisierung ihrer Anlage investiert haben, erhalten also weiterhin eine KWK-Förderung. Der BDEW erhofft sich von den KWK-Neuregelungen im Zuge des Energiesammelgesetzes zudem ein „klares Zeichen“ für den sogenannten Fuel-Switch von Kohle- zu Erdgas-KWK.

Auch der Stadtwerkeverband VKU äußerte sich positiv über die geplante Verlängerung der KWK-Förderung, die im ursprünglichen Regierungsentwurf noch nicht enthalten war. „Der Beschluss zur KWK-Bestandsförderung ist positiv zu werten“, teilte der VKU mit. Gegenüber ersten Plänen, die KWK-Fördersätze für alle Anlagen auf 0,7 Cent/kWh abzusenken, bleibt sie nun zumindest für Anlagen bis 50 MW bis 1. Januar 2019 unverändert. Danach wird Förderung nach Größenklassen abgesenkt. „Diese Nachbesserungen leisten einen wichtigen Beitrag, um KWK-Anlagen weiterhin betreiben zu können“, so der VKU.

Der Bundestag befasst sich am 30. November abschließend mit dem Energiesammelgesetz. Mitte Dezember soll dann der Bundesrat grünes Licht geben und damit auch Neuerungen beim KWK-Eigenverbrauch und bei der Erneuerbarenförderung auf den Weg bringen./cs

DISKUSSIONSPAPIER

BNE fordert Reform des Messstellenbetriebsgesetzes

Berlin (energate) - Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft (BNE) fordert eine Reform beim Zertifizierungsprozess von Smart Metern. Dies sei notwendig, „um nicht noch mehr Zeit und den Anschluss an international agierende Marktakteure zu verlieren.“ Dazu hat der Verband ein Diskussionspapier mit Vorschlägen auf seiner Website veröffentlicht und postalisch an das Haus von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) gesandt. Demnach fordert der BNE eine Änderung des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG). Im

Kern geht es darum, das MsbG einerseits für innovative Messsysteme und -lösungen zu öffnen. So sollen alternative Messlösungen zukünftig gleichwertig neben Smart-Meter-Gateways einsetzbar sein. Zum anderen sollten die gesetzlichen und behördlichen Vorgaben auf „grundlegende Mindestanforderungen“ reduziert werden.

Erste Smart Meter nicht intelligent genug

Der Verband warnt vor zu großen Erwartungen in den Roll-out, der sich immer wieder verzögert hat: „Selbst wenn die Zertifizierung für die ersten drei Smart-Meter-Gateways 2019 endlich vorliegt, werden sowohl Verbraucher als auch Akteure des Energiemarktes enttäuscht sein. Denn richtig intelligent sind die BSI-zertifizierten Stromzähler der ersten Generation nicht“, argumentiert der BNE. So dürften diese kaum mehr Messwerte übermitteln als heutige Zähler, womit sich keine ausreichend attraktiven Mehrwertangebote für Verbraucher entwickeln ließen. Erst die zweite Generation intelligenter Messsysteme werde die meisten der für die Energiewende interessanten Funktionen, wie etwa die Bereitstellung von Echtzeitinformationen, abdecken. Aber: „Bis deren Zertifizierung abgeschlossen ist, werden wiederum einige Jahre vergehen“, glaubt der Verband.

Geschäftsführer Robert Busch betont, dass der BNE nicht die Ziele und Grundanforderungen des MsbG in Frage stelle. Jedoch gehe der Zertifizierungsprozess derzeit komplett an den Bedürfnissen von Verbrauchern und Marktakteuren vorbei, kritisiert Busch. Neue Anwendungen und Geschäftsmodelle der Energiewende entwickelten sich viel rasanter, als noch vor wenigen Jahren erwartet./dz

HOCHTEMPERATURNETZE

Bund erwägt neues Förderprogramm für kommunale Wärmenetze

Berlin (energate) - Das Bundeswirtschaftsministerium plant ein neues Förderprogramm für kommunale Wärmenetze. Dabei gehe es insbesondere um Hochtemperaturnetze, in die sich erneuerbare Energien nur schwer einbinden lassen. Das sagte Kerstin Deller, Leiterin des Referats „Wärmewende und Sektorenkopplung, Effizienz“, bei einer Tagung der Agentur für erneuerbare Energien in Berlin. Das Programm würde auch solche Kommunen adressieren, die nicht von dem kürzlich aufgelegten Modellvorhaben „Wärmenetzsysteme 4.0“ profitieren. Das Ministerium habe versucht, das neue Programm mit der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes auf den Weg zu bringen. Da dieses mit dem Energiesammelgesetz aber bereits verabschiedet ist, würden die Plänen nun neu sortiert.

Gasbedarf als besondere Herausforderung

Eine besondere Herausforderung sieht die Vertreterin des Wirtschaftsministeriums darin, dass die Gaswirtschaft Geschäftsmodelle entwickeln muss, die bis 2030 eine verstärkte Nutzung von Erdgas ermöglichen und danach eine abnehmende. Bis 2050 werde

Deutschland weiterhin Erdgas brauchen, betonte sie. Es sei aber offen, welche Rolle Erdgas danach neben Biogas und synthetischen Gasen noch einnehmen kann.

An der Förderpolitik der Bundesregierung kam deutliche Kritik aus Schleswig-Holstein, das von einem Jamaika-Bündnis aus CDU, Grünen und FDP regiert wird. Die Berliner Koalition hatte im Koalitionsvertrag vereinbart, die Umrüstung auf effiziente Öl- und Gasheizungen weiter zu bezuschussen. „Wir können die Förderung fossiler Heizanlagen überhaupt nicht nachvollziehen“, bemängelte Patrick Hansen aus dem Kieler Energieministerium.

Länder mit unterschiedlichen Schwerpunkten

In Bayern habe die Staatsregierung die landeseigene Förderung fossiler Brennwertgeräte im vergangenen Jahr aufgegeben, berichtete Robert Götz aus dem Wirtschaftsministerium in München. Die Förderung durch das 10.000-Häuser-Programm für Klimaschutz im Gebäudesektor will die neu gewählte Koalition aus CSU und Freien Wählern bis Ende 2019 weiterentwickeln. Neu hinzukommen könnten in den Kreis der Förderungstatbestände beispielsweise Carports mit Solaranlagen zum Laden von Elektroautos sowie die Förderung von Wärmenetzen und Geschosswohnungen. Im bisherigen bayerischen Programm entfiel fast die Hälfte der Förderung auf Fotovoltaikanlagen und über ein Viertel auf Wärmepumpen.

Ähnlich waren die Erfahrungen in Baden-Württemberg mit dem dortigen Erneuerbare-Wärme-Gesetz. Dort entschieden sich viele der adressierten Bauherren neben Fotovoltaik und Wärmepumpen auch für Gebäudedämmung und Biomasse, um die Vorgaben des Gesetzes zu erfüllen. Baden-Württemberg wolle ebenfalls ein eigenes Förderprogramm auflegen und sei mit der Wohnungswirtschaft in Gesprächen, berichtete Tilo Kurtz aus dem Umweltministerium in Stuttgart. Vorbild sei die niederländische „Energiesprong“-Initiative. Diese setzt vor allem auf kostengünstige Sanierungen durch standardisierte Lösungen im industriellen Maßstab. /mb

MARKT & UNTERNEHMEN

MIETERPROTESTE

Vonovia streicht Sanierungspläne

Bochum (energate) - Der Bochumer Immobilienkonzern Vonovia fährt seine Investitionen in die energetische Sanierung seines Wohnungsbestands drastisch zurück. Als Begründung für den weitgehenden Modernisierungsstopp in den kommenden zwei Jahren nennt die Geschäftsführung die fehlende Akzeptanz bei den Mietern. „Wir haben uns entschieden, die für 2019/2020 geplanten Modernisierungsprojekte, die zu einer Mieterhöhung von mehr als zwei Euro pro Quadratmeter führen würden, nicht zu realisieren“, kündigte das Unternehmen an. Demnach kürzt der Konzern sein Investitionsbudget um 40 Prozent und senkt die Sanierungsquote

von fünf auf drei Prozent. Damit liege Vonovia immer noch im Zielkorridor der Bundesregierung und über der aktuellen durchschnittlichen Sanierungsquote in Deutschland (1%). Das Gesamtinvestitionsvolumen für 2019 in allen Unternehmensbereichen taxiert Vonovia auf 1,3 bis 1,6 Mrd. Euro.

Verzicht auf energetische Sanierung als Mieterschutzmaßnahme

Die Kürzung ist eine Reaktion auf Mieterproteste. Vonovia sieht den Schritt deshalb ausdrücklich als Mieterschutzmaßnahme. „Wir versichern: Kein Mieter soll aufgrund einer Modernisierung ausziehen müssen“, so Geschäftsführer Rolf Buch. Bei den laufenden Projekten sichere Vonovia allen Mietern, die soziale oder wirtschaftliche Härte anmelden, „eine sorgfältige Prüfung und ein kulantest Vorgehen zu“, fügte er an. Dafür werde der Konzern „Mittel in signifikanter Höhe“ bereitstellen. Um diese Fälle zu bearbeiten, will Vonovia zusätzliche Mitarbeiter einstellen. „Wir haben uns im Spannungsverhältnis Klimaschutz und Mieterschutz für die Mieter entschieden“, so Buch. „Aber der Klimaschutz braucht ebenso Lösungen.“ Diese will Vonovia unter Leitung des Chief Operating Officers Klaus Freiberg erarbeiten lassen.

Modernisierungsbedarf im Bestand groß

Zweifel daran, dass Vonovia die energetische Modernisierung im ursprünglich geplanten Umfang stemmen kann, hat die Führung keine. So habe eine Analyse vor einiger Zeit schon ergeben, dass vor allem die Vonovia-Immobilien aus den 1950er, 1960er und 1970er Jahren „grundlegend modernisiert werden müssen, um CO₂ zu sparen“, so Buch. „Wir sind systematisch vorgegangen und können den geforderten hohen Enev-Standard problemlos erwirken.“

Der Dax-30-Konzern ist aktuell die größte Wohnungsgesellschaft Deutschlands. Der Wohnungsbestand von Vonovia in Deutschland umfasst derzeit knapp 360.000 Einheiten. 40.000 Wohnungen bilden das Auslandsportfolio des Konzerns. Weitere 84.000 Wohnungen verwaltet Vonovia für Dritte. Bis Jahresende will der Konzern 600 Wohnungen der Größenordnung 60 bis 70 Quadratmeter fertigstellen und weitere 1.000 solcher Neubauten in Auftrag geben. /pa

3 FRAGEN AN ARMIN MICHAELY, IKEA

Michaely: „Ikea kann neue Kundengruppen für Solarenergie begeistern“

Hofheim-Wallau (energate) - Die schwedische Möbelhauskette Ikea bietet seit Oktober deutschen Kunden Fotovoltaikanlagen an. Das Angebot „Solstrale“ läuft zunächst an fünf ausgewählten Standorten an. Im kommenden Jahr soll es deutschlandweit sowie online vertrieben werden. Kooperationspartner ist der britische Projektentwickler Solarcentury, mit dem Ikea „Solstrale“ bereits in Großbritannien, Belgien und den Niederlanden vertreibt. energate sprach mit Armin Michaely, Sustainability Manager Ikea Deutsch-

land, darüber, wie das Angebot angelaufen ist und wie die Möbelhauskette auf Dauer ihre Kunden überzeugen will.

energate: Herr Michaely, seit Oktober verkauft Ikea an fünf Standorten in Deutschland Solaranlagen an Privatkunden. Wie läuft das Geschäft bislang?

Armin Michaely: Wir hören von all unseren Store-Managern in den fünf Einrichtungshäusern, dass sich die Kunden sehr interessiert an unserem Solaranlagen-Angebot zeigen. Wir haben im Ein- und Ausgangsbereich beziehungsweise in Restaurantnähe eine Anlaufstelle mit entsprechenden digitalen Möglichkeiten eingerichtet. So können sich alle Interessenten unkompliziert registrieren lassen und ein unverbindliches Telefongespräch vereinbaren. Um unser Angebot noch bekannter zu machen, starten wir in Kürze mit lokalen Marketingmaßnahmen - so bespielen wir beispielsweise in einzelnen Märkten unseren Ikea Family Newsletter. Wir werden zudem sukzessive unsere Marketingaktivitäten aufstocken, um einen noch größeren Kundenkreis zu erreichen.

energate: In anderen europäischen Märkten gibt es das Angebot schon länger. Was lassen die dort gemachten Erfahrungen mittel- bis langfristig für das deutsche Geschäft erwarten?



Wir möchten unseren Kunden ein besonders erschwingliches und unkompliziertes Angebot machen, sagt Ikea-Manager Michaely. (Foto: IKEA Deutschland GmbH & Co. KG)

Michaely: Die Erfahrungen, die wir in England, den Niederlanden und Belgien bislang sammeln konnten, sind gut. Natürlich schauen wir genau, welche Erfahrungen die Kollegen in anderen Märkten gemacht haben. Letztendlich ist jedoch jeder Markt individuell und auch in der Größe nicht miteinander vergleichbar. Wir haben bislang keine Erhebungen darüber, ob Kunden gezielt für das Solaranlagen-Angebot ins Einrichtungshaus kommen. Unsere Vision ist es, den vielen Menschen einen besseren, also auch nachhaltigeren Alltag zu schaffen. In unserem bisherigen Sortiment haben wir viele Produkte, die helfen, Energie zu Hause zu sparen. Jetzt möchten wir unseren Kunden ermöglichen, diese Energie auch nachhaltig zu erzeugen. Hier wird naturgemäß auch der Online-Vertrieb, der Anfang nächsten Jahres startet, eine große Rolle spielen.

energate: Privatkunden haben mit Stadtwerken, großen Versorgern und kleinen Fachbetrieben vor Ort bereits einige Anbieter für Solaranlagen. Warum sollten Kunden dafür zu Ikea kommen?

Michaely: Kundenbefragungen haben gezeigt, dass der Markt für private Fotovoltaikanlagen sehr vielschichtig und wenig transparent ist. Aus diesem Grund möchten wir gemeinsam mit unserem Partner Solarcentury ein besonders erschwingliches Angebot machen, kombiniert mit einer unkomplizierten Abwicklung, damit mehr Menschen in erneuerbare Energien investieren können. Als großer Einzelhändler haben wir die Möglichkeit, auch neue Kundengruppen für das Thema Solarenergie zu begeistern. Wir glauben, dass wir den Markt so auch vergrößern können.

Die Fragen stellte Alexander Stahl, energate-Redaktion Essen.

MODERNISIERUNGSKAMPAGNE

„Raustauschwochen“: Über 7.200 alte Heizungen ersetzt

Berlin (energate) - Zwischen März und Oktober 2018 wurden 7.280 veraltete Heizgeräte durch neue Gasheizungen ersetzt. So lautet die Bilanz der diesjährigen „Raustauschwochen“. Die Modernisierungskampagne der Erdgaswirtschaft ist im Frühjahr 2017 gestartet. In diesem Jahr fand die zweite Runde statt. „Vor dem Hintergrund des großen Erfolgs soll die Aktion auch im Jahr 2019 fortgeführt und regional ausgeweitet werden“, teilte die Brancheninitiative Zukunft Erdgas mit.

„Der Wärmemarkt hat in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Sektoren hohe CO₂-Einsparungen erzielt“, sagte Timm Kehler, Vorstand von Zukunft Erdgas. Dennoch würden immer noch 40 Prozent der deutschen CO₂-Emissionen im Heizungskeller erzeugt. Mit den Raustauschwochen setze die Initiative genau dort an. „2018 konnten wir die Anzahl der getauschten Heizungen im Vergleich zum Vorjahr um über 70 Prozent steigern - ein beachtlicher Erfolg“, so Kehler. Rund 66 Mio. Euro Investitionen wurden während des achtmonatigen Aktionszeitraums ausgelöst.

Staatliche Förderung von mindestens 200 Euro

Im Rahmen der Raustauschwochen erhalten Heizungsmodernisierer, die sich für den Einbau einer neuen Gasheizung entscheiden, zusätzlich zur staatlichen Förderung eine Prämie von mindestens 200 Euro. Beratung und Koordination übernehmen die teilnehmenden Energieversorger im Aktionsgebiet. Neben Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland haben 2018 auch Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein sowie Teile Niedersachsens mitgewirkt. Im kommenden Jahr sollen weitere Länder folgen. Partner der Aktion waren die Gerätehersteller Brötje, Buderus, Elco, Junkers, MHG, Remeha, Vaillant, Viessmann und Wolf./tc

PERSONALIE

Gasag Solution Plus: Wilhelm folgt auf Mattat

Berlin (energate) - Gunnar Wilhelm (51) wird neuer Sprecher der Geschäftsführung der Gasag Solution Plus GmbH. Er folgt damit auf Frank Mattat, der den Energiedienstleister zum Jahresende verlässt. Wilhelm war bisher Geschäftsführer der Gasag-Tochter BAS Kundenservice GmbH. Für einen Übergangszeitraum wird er diese Funktion beibehalten. Neues Mitglied der Geschäftsführung der BAS wird Ilko von Bieberstein (42), bisher Prokurist bei der BAS und dort Bereichsleiter für Workforce- und Qualitätsmanagement./cs

FERNWÄRME

Stahlwerk wärmt Georgsmarienhütte

Georgsmarienhütte (energate) - Ins Fernwärmenetz der Stadtwerke Georgsmarienhütte (Niedersachsen) wird künftig Abwärme aus der Stahlproduktion eingespeist. So können über 900 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart werden, teilte der Kommunalversorger mit. „Durch die Abwärmenutzung werden konventionelle Energieträger wie beispielsweise Erdgas eingespart und Ressourcen geschont“, sagte Stadtwerke-Geschäftsführer Jörg Dorroch.

Der Stahlproduzent Georgsmarienhütte GmbH nutzt bereits 50 Prozent der industriellen Abwärme, die in der Stahlherstellung entsteht, für die Produktion selbst. Zudem wird ein weiterer Teil für das Heizen von Hallen und Produktionsgebäuden verwendet. „Es wird in Zukunft noch mehr Wärme genutzt, die beim Schmelzen des Stahls entsteht“, sagte Felix Osterheider, Geschäftsführer Personal und Arbeitsdirektor der Georgsmarienhütte GmbH. Ein erheblicher Teil der verbleibenden Abwärmemenge könne nun in das Fernwärmenetz der Stadtwerke eingespeist werden und Wohnungen und öffentliche Gebäude in der bei Osnabrück gelegenen Stadt heizen.

Leuchtturm energieeffizienter Abwärmenutzung

„Für unsere heutigen Wärmekunden und für künftige Nutzer in neuen Baugebieten ergibt sich durch mögliche Erweiterungen des Fernwärmenetzes ein großes klimaneutrales Potenzial im Stadtgebiet“, sagte Dorroch. Das Projekt wurde im vergangenen Jahr von der Deutschen Energieagentur als „Leuchtturm energieeffizienter Abwärmenutzung“ ausgezeichnet. Die Stadtwerke investierten in den Bau rund 1,1 Mio. Euro. Die staatliche KfW-Bank bezuschusst die Maßnahme mit 148.000 Euro.

Um die Wärme aus dem Stahlwerk zu nutzen, wird der Heißdampf aus der Stahlschmelze in einem Wärmetauscher mit einer Leistung von 11 MW in warmes Wasser umgewandelt. Die Energie wird dann über eine Wärmetrasse in das Heizkraftwerk der Stadtwerke transportiert. Da die Wärme aus dem Stahlwerk durch den Produktionsprozess nicht gleichmäßig zur Verfügung steht, ergänzt ein Wärmespeicher das System. Dieser kann Spitzenlast im Winter

abdecken und den Einsatz des vorhandenen Blockheizkraftwerks (BHKW) optimieren. Der Wärmespeicher ist schon seit rund 30 Jahren in Betrieb. Im Sommer haben die Stadtwerke eine umfangreiche Sanierung durchgeführt. Danach schlossen sich Umbauarbeiten am Heizkraftwerk und der Bau der Wärmetrasse an. Neben dem mit Biomethan betriebenen BHKW stehen in der Heizzentrale der Stadtwerke noch ein Erdgas-Spitzenlastkessel und ein Heizölkessel zur Verfügung.

11 MW Abwärme in 15 Minuten

Als größte Herausforderung der Abwärmenutzung bezeichnet Michael Rust, Technischer Prokurist der Stadtwerke, die Aufnahme von 11 MW Abwärme in nur 15 Minuten. „Die Regelungskreise sowohl auf der Seite des Stahlwerks als auch auf unserer Seite müssen exakt aufeinander abgestimmt werden, um einen effizienten und sicheren Betrieb zu gewährleisten“, so Rust. Für den Stahlproduzenten bleibt nach der Abwärme-Auskopplung noch eine ganz andere Herausforderung bestehen. „Ein Teil unserer Abwärme ist in Zukunft immer noch ungenutzt“, sagte Reimund Laermann, Leiter des Energiemanagements der Georgsmarienhütte GmbH. Dafür suche er mit seinem Team nach weiteren Verwendungsmöglichkeiten in eigenen Prozessen oder anderswo./tc

KOOPERATION

Stadtwerke Rostock wenden sich der Wohnungswirtschaft zu

Rostock (energate) - Die Stadtwerke Rostock schärfen ihr Profil als Energiedienstleister für Quartierslösungen. Dazu geht der kommunale Versorger eine Kooperation mit der Wohnungsgenossenschaft Schiffahrt-Hafen Rostock ein. Ziel der Zusammenarbeit sei es, modernes Energiemanagement, Mieterstrom, Wärmecontracting, Störungsmanagement oder auch Abrechnungsdienstleistungen gemeinschaftlich umzusetzen und anzubieten, teilte der Versorger mit. Dabei haben die beiden Partner ausdrücklich den Wohnungsbestand der Genossenschaft (9.800 Wohnungen mit insgesamt 554.000 Quadratmeter Fläche) als auch Neubauprojekte im Blick. „Rostock wächst“, so Stadtwerke-Vorstandschef Oliver Brünnich. „Dieses Wachstum erfordert eine zukunftsorientierte energetische Gestaltung“, führte er aus.

Projektbezogene Zusammenarbeit

Die Gründung eines Joint Ventures ist nicht geplant, erfuhr energate auf Nachfrage bei der Wohnungsgesellschaft. Vielmehr ist die Zusammenarbeit projektbezogen angelegt, beispielsweise wenn es bei der Erstellung eines Verkehrskonzepts für einen Neubaukomplex um die Einbindung von E-Mobilität geht. „Vieles ist denkbar“, ergänzte Brünnichs Vorstandskollegin Ute Römer. Die jetzt unterzeichnete Kooperationsvereinbarung verstehen beide Partner als Grundstein für eine längerfristige und wachsende Partnerschaft.

Stadtwerke wollen ein regionales Daseinsvorsorge-Netzwerk

Speziell die Stadtwerke wollen die Zusammenarbeit für weitere Partner, etwa aus dem Segment Smart Home oder aus anderen Bereichen, öffnen. Wünschenswert sei „ein innovatives Netzwerk zur Daseinsvorsorge für die Menschen in der Region“, so Römer weiter. Ein Partner, der laut der Wohnungsgenossenschaft bei der projektbezogenen Zusammenarbeit mitwirken soll, ist der Carsharing-Anbieter „YourCar“, der sowohl mit dem Versorger als auch mit der Wohnungsgenossenschaft kooperiert und dabei neben konventionellen Autos auch Erdgas-Fahrzeuge im Fuhrpark hat. Auch die Stadtwerke Rostock setzen stark auf Erdgas-Mobilität. Ihr Fuhrpark umfasst nach eigenen Angaben 170 solcher Autos „in ständigem Einsatz“./pa

VORZEIGEPROJEKT

Neues Wärmeversorgungssystem für Uni Bayreuth

Bayreuth (energate) - Die Stadtwerke Bayreuth stellen die Wärme- und Kälteversorgung der Universität Bayreuth mithilfe eines innovativen Konzeptes um. Am Ende soll die Wärme auf dem Campus mit einem hohen Erneuerbaren-Anteil erzeugt werden und die CO₂-Ersparnis mehrere Tausend Tonnen im Jahr betragen. Jährlich benötigt die Universität rund 27 Mio. kWh Wärme und etwa 6 Mio. kWh an Kälte. Erzeugt werden diese Mengen derzeit in zwei Gaskesseln mit einer Leistung von je 9,3 MW. Hinzu kommen drei Kältemaschinen mit je 1,3 MW Leistung sowie zwei Kühltürme mit je 2,3 MW. Als Redundanz zu den Gaskesseln steht zudem ein Elektrodenkessel mit 6 MW Leistung zur Verfügung.

Erweiterung des Systems

In den kommenden zwei Jahren wollen die Stadtwerke rund fünf Mio. Euro in die Ergänzung des bestehenden Systems investieren, um es effizienter und klimafreundlicher zu machen. Konkret will der Versorger die beiden Gaskessel um ein Blockheizkraftwerk (BHKW) mit 3,5 MW Leistung ergänzen. Mithilfe einer umfassenden Vernetzung aller Komponenten soll so eines der ersten innovativen KWK-Systeme entstehen, so das Ziel der Stadtwerke. Das neue BHKW liefert neben Wärme auch Strom. Gibt es von letzterem zu viel im Netz, kann es ferngesteuert gedrosselt oder abgeschaltet werden. Neben dem geplanten BHKW wird es eine Luft-Wärmepumpe geben, die der Luft Wärme entzieht und diese ins Uni-Netz einspeist. Ein weiterer Baustein des Projekts sei ein sogenannter Elektrodenkessel. Dieser kommt zum Einsatz, wenn es im Netz Überschussstrom gibt, beispielsweise aus Windkraftanlagen. Der Elektrodenkessel wandelt diesen überschüssigen Strom aus dem Netz in Wärme um, mit der die Universität beheizt werden kann.

Zusammenspiel der Komponenten

„Jede Komponente für sich betrachtet ist weder Hightech noch eine Herausforderung für uns“, räumte der Stadtwerke-Geschäftsführer Jürgen Bayer ein. Die Besonderheit des Projekts liege vor allem in dem

Zusammenspiel der Bestandteile. „Wir wollen an der Uni Bayreuth ein deutschlandweit einzigartiges Projekt auf die Beine stellen“, ergänzte Andreas Waibel, bei den Stadtwerken Bayreuth für Contracting und Wärmeerzeugung zuständig. Gut 30 Prozent der Wärme, die die Universität Bayreuth braucht, wollen die Stadtwerke künftig aus regenerativen Quellen erzeugen. Rund 5.000 Tonnen CO₂ pro Jahr sollen dadurch jährlich eingespart werden./am

WÄRMEVERSORGUNG

Drewag baut Wärmespeicher aus

Dresden (energate) - Der Dresdner Energieversorger Drewag hat sein Wärmeversorgungsnetz um eine Speicheranlage erweitert. Die Anlage am Standort des Heizkraftwerks Reick bestehe aus 20 Druckbehältern mit einem Gesamtfassungsvermögen von 7.800 Kubikmeter, teilte die Drewag mit. Die Anlage, in deren Bau die Drewag acht Mio. Euro investierte, sei in das zentrale Fernheiznetz der Stadt Dresden eingebunden. Sie bilde damit einen wesentlichen Bestandteil für die weitere Flexibilisierung der Erzeugungsanlagen. Die Bauarbeiten dauerten 21 Monate.

Zusammen mit der bestehenden Speicheranlage mit 6.600 Kubikmeter Fassungsvermögen stehen dem Unternehmen nun 14.400 Kubikmeter an Heißwasserspeicherkapazität zur Verfügung. Dies entspricht einer Wärmemenge von rund 900 MWh bei einer Temperaturdifferenz von 55 Kelvin. Neben der allgemeinen Betriebsmesstechnik habe der Dresdner Versorger die komplette Wärmespeicherstraße mit Glasfasertechnik ausgerüstet. Diese ermöglicht „die ortskonkrete und sekundengenaue Bestimmung der Temperaturen des Speichers“, hieß es weiter. Gemeinsam mit der TU Dresden, die das Projekt wissenschaftlich begleitet, werden so im Rahmen des EU-Fördervorhabens „MaTchUp“ für intelligente saubere Städte Daten erfasst und ausgewertet. Ziel sei ein besseres Verständnis für das Speicherverhalten, um so die Anlagenbetriebsweise zu optimieren, heißt es von der Drewag weiter./am

ELEKTROHEIZKESSEL „KAROLINE“

Vattenfall startet Power-to-Heat-Anlage in Hamburg

Hamburg (energate) - In Hamburg hat der schwedische Energiekonzern Vattenfall eine Power-to-Heat-Anlage in Betrieb genommen. Im Karolinenviertel der Hansestadt werde der Elektroheizkessel namens „Karoline“ künftig Strom aus Windkraft in Wärme umwandeln, teilte Vattenfall mit. Der Windstrom soll vor allem bei Überproduktion aus Schleswig-Holstein kommen und damit die Abschaltungen der Windkraftanlagen vermeiden. Die erzeugte Wärme fließt ins Hamburger Fernwärmenetz. Die Power-to-Heat-Anlage ist Teil des Großprojekts NEW 4.0 - Norddeutsche Energiewende. Sie verfügt über eine Leistung von 45 MW und sei damit rechnerisch in der Lage, 13.500 Wohneinheiten mit Wärme zu versorgen. Durch ihre flexible Fahrweise kann die Anlage bei Bedarf auch Spitzenlasten abdecken. Sie soll

auch zur Absicherung der Wärmeversorgung in der Stadt dienen, insbesondere bei besonders niedrigen Temperaturen oder auch bei Ausfällen anderer Wärmeerzeugungsanlagen./am

DIGITAL & INNOVATIV

3 FRAGEN AN OLIVER SCHMITT, INNOGY METERING

Schmitt: „Moderne Messeinrichtung muss Mehrwert liefern“

Mülheim/Ruhr (energate) - Innogy Metering rollt seit kurzem einen neuen Typ der modernen Messeinrichtung in den ersten 10.000 Stückzahlen aus. energate befragte Geschäftsführer Oliver Schmitt, welche Kunden einen neuen Zähler erhalten und wieso die nur mit Taschenlampe bedienbaren Zähler nicht infrage kommen.

energate: Warum hat sich Innogy Metering für eine Weiterentwicklung der modernen Messeinrichtung entschieden?



Innogy Metering plane den Smart-Meter-Rollout für Westnetz und Stadtwerke-Kunden, erläutert Geschäftsführer Schmitt. (Foto: innogy metering)

Schmitt: Mit unserer modernen Messeinrichtung möchten wir den Kunden mit einem Jahresstromverbrauch unter 6.000 kWh einen echten Mehrwert liefern. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Haushaltskunden, bei denen wir eine moderne Messeinrichtung einbauen, grundsätzlich großes Interesse an den Themen Digitalisierung, Energiewende und insbesondere an der Transparenz des eigenen Energieverbrauchs zeigen. Wenn wir ihnen jedoch erklärt haben, was die moderne Messeinrichtung kann - oder besser gesagt, was sie alles nicht kann -, waren die Kunden oft enttäuscht. Nach dieser Erfahrung haben wir beschlossen, eine moderne Messeinrichtung zu entwickeln, die für die Kunden eine einfache und komfortable Lösung bietet, auf die eigenen Verbrauchswerte zuzugreifen, ohne dass diese Werte das Haus des Kunden verlassen. Darüber hinaus muss die Lösung natürlich sicher sein, aber auch wirtschaftlich vertretbar und kompatibel mit Bestandsanlagen.

energate: Welche Funktechnik haben Sie gewählt, was hat hier den Ausschlag gegeben?

Schmitt: Wir wollten eine Lösung ohne zusätzlichen Installationsaufwand, die vollständig im Zähler integriert ist und keine Repeater braucht, um Signale sicher vom Keller ins jeweilige Wohnzimmer zu transportieren - egal ob im Einfamilien- oder Mehrfamilienhaus. Auch die Einbindung in ein Kommunikationsnetz (WAN) ist tabu und wird weiterhin nur den Gateways und intelligenten Messsystemen vorbehalten sein. Mit unserer Lösung findet die verschlüsselte Punkt-zu-Punkt-Datenübertragung ausschließlich zwischen dem Zähler und einer Kunden-Empfangseinheit statt. In ein WAN werden über diese Verbindung keine Daten übertragen. Wir nutzen hierfür ein lizenzfreies Frequenzband und haben entsprechende Kommunikationsprotokolle für diesen Anwendungsfall optimiert. Die Funkkommunikation basiert auf dem leistungsfähigen Protokollstack unseres Partners Lemonbeat.

energate: Werden Sie nur bei fälligem Zählertausch aktiv oder gibt es auch übergreifende Vorteile durch einen eher flächendeckenden Einbau?

Schmitt: Innogy Metering plant den Smart-Meter-Rollout für den Verteilnetzbetreiber Westnetz und unsere Stadtwerke-Kunden unter Berücksichtigung zahlreicher relevanter Faktoren, zum Beispiel die Optimierung von Restbuchwerten und Erlösen oder der gleichzeitige Wechsel aller oder mehrerer Zähler in Mehrzähler-Lokationen. Mit der Einführung haben wir dabei in erster Linie die Verbrauchstransparenz für die Kunden im Fokus. Die zugrundeliegende Technologie kann aber auch für netzdienliche Aspekte, wie zum Beispiel die Vereinfachung von Ableseprozessen, genutzt werden.

Die Fragen stellte Michaela Tix, energate-Redaktion, Essen.

ENERGIESYSTEM

Tiko baut mit Sonnen virtuelle Batterie

Olten/Wildpoldsried (energate) - Tiko Energy Solutions errichtet mit dem deutschen Energieunternehmen Sonnen eine virtuelle Batterie. Erstmals liefert Sonnen mit über ganz Deutschland vernetzten Heimspeichern Regelleistung für den deutschen Energiemarkt, teilen die Unternehmen gemeinsam mit. Zu der Allianz gehört auch der deutsche Netzbetreiber Tennet. Es geht die derzeit größte virtuelle Batterie in Betrieb, die Schwankungen im Stromnetz ausgleichen könne. Haushalte seien so in der Lage, alle Aufgaben von konventionellen Kraftwerken zu übernehmen. Sonnen hatte zusammen mit Tiko die Präqualifikation zur Erbringung von Primärregelleistung für sein deutschlandweites Netzwerk aus Heimspeichern von Tennet erhalten.

Neues Energiesystem „mit Menschen im Mittelpunkt“

„Wir sind stolz darauf, dass wir unsere virtuelle Kraftwerkstechnologie jetzt mit Sonnen umsetzen konnten“, sagte Frédéric Gastaldo, CEO von Tiko Energy Solutions. Für den deutschen Markt sei dies eine Pionierarbeit. So könnten Batteriespeicher den doppelten Nutzen von Eigenverbrauch und verschiedenen Dienstleistungen

am Energiemarkt erbringen. „Mit Sonnen konnten wir jetzt unter anderem zeigen, dass Primärregelleistung auch in Deutschland mit Heimbatteriespeichern geliefert werden kann“, so Gastaldo weiter. Jean Baptiste Cornefert, Geschäftsführer der Sonnen eServices ergänzte: „Unsere Kunden können Energie erzeugen, speichern und die Versorgungssicherheit im Stromnetz sicherstellen“. Der Wechsel vom alten Energiesystem mit zentralen Kraftwerken hin zum neuen Energiesystem mit dem Menschen im Mittelpunkt werde damit endgültig, so Cornefert. Sonnen verfügt in Europa über rund 30.000 Batterien, die zusammen eine Kapazität bis zu 300 MWh erreichen.

Die virtuelle Batterie von Sonnen besteht aus tausenden, einzelnen Stromspeichern in ganz Deutschland, die für den Eigenverbrauch ihrer jeweiligen Haushalte genutzt werden. Kommt es zu Schwankungen im Stromnetz, ordnen sich diese Batterien per künstlicher Intelligenz selbstständig zu einer virtuellen Grossbatterie an. Da jede Batterie einen unterschiedlichen Ladezustand habe, werde die Vielzahl von einzelnen Batterieleistungen zu einem Block ab 1 MW zusammengefasst und dem Energiemarkt zur Verfügung gestellt. Bei der Abnahme der virtuellen Batterie durch Tennet musste sie innerhalb von 30 Sekunden 1 MW Leistung sowohl aus dem Netz ziehen als auch wieder einspeisen. „Kommt es zu Abweichungen der Netzfrequenz von 50 Hz, können die Speicher automatisch und sekundenschnell Energie aus dem Netz aufnehmen oder abgeben - je nachdem, was gerade benötigt wird“, hiess es weiter von den Unternehmen.

„Stärkere Systemintegration der Erneuerbaren“

„Dass vernetzte Batteriespeicher als virtuelles Kraftwerk jetzt das Netz bei Frequenzschwankungen stabilisieren können, ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur stärkeren Systemintegration der erneuerbaren Energien“, sagte Lex Hartman, Geschäftsführer von Tennet. Systemdienstleistungen, die der Stabilisierung der Stromversorgung dienen, würden bislang vor allem von konventionellen Kraftwerken bereitgestellt. Mit wachsendem Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung müssten diese hier eine stärkere Verantwortung übernehmen. Sonnen zeigte sich zufrieden mit der erhaltenen Zertifizierung, denn die Präqualifikation für den Primärregelleistungsmarkt unterliege den strengsten Anforderungen an Technik und Sicherheit am Energiemarkt. Nun sei das Netzwerk aus Heimspeichern auch prädestiniert für weitere Dienstleistungen im Stromnetz./df

ENERGATE-INTERVIEW

Viessmanns Energiecommunity soll wachsen

Berlin (energate) - Die Energie-Community des Heiztechnikherstellers Viessmann „ViShare“ hat einen Tarifrüchner inklusive Flatrate-Onlineabschluss gestartet. Damit könne der Prosumer anders als bei vielen anderen Communitys seinen Monatspreis einfach und transparent ausrechnen, erläuterte Florian Müller, Abteilungsleiter der Digital Energy Solutions im Gespräch mit energate. In den Rechner fließen

bereits die unterschiedlichen Kosten des jeweiligen Netzbetreibers, aber auch lokale Wetterdaten wie die Sonnenscheindauer für Solaranlagen ein. Digital Energy Solutions ist ein Joint Venture von Viessmann und Autobauer BMW und wickelt alle Prozesse im Hintergrund ab. „Der administrative Aufwand für eine solche Energiecommunity ist durchaus hoch, aber standardisierbar“, erläuterte Müller.

Individuelle Bepreisung der Flat

Jedes Gerät muss individuell bepreist und ein fester Monatsbetrag für den Kunden errechnet werden. Netzbetreiber nutzen unterschiedliche Lastprofile, so dass je nach Standort der Kundenanlage verschiedene Flatratepreise resultieren. Digital Energy Solutions integriert in die Kalkulation ebenfalls historische und aktuelle Wetter-Daten, um auch den Standort des Kunden „fair und transparent“ einzubeziehen. Lässt sich der Kundenbedarf weder aus der eigenen Anlage noch der Community oder über Viessmann-Anlagen decken, beschafft das Unternehmen die Reststrommengen in Ökostromqualität aus Deutschland. Müller, der in Berlin den Geschäftsbereich „Energy Market Solutions“ verantwortet, zeigte sich überzeugt, dass der Bedarf nach solchen Dienstleistungen wachsen wird. Das Unternehmen adressiert mit seinen Lösungen nicht nur die Energiebranche, sondern auch die Wohnungswirtschaft und den Mobilitätssektor.



„Der administrative Aufwand für eine Energiecommunity ist hoch, aber standardisierbar“, sagt Florian Müller von Digital Energy Solutions. (Foto: Digital Energy Solutions)

Vishare wird auch Brennstoffzellen integrieren

Zielgruppe von „ViShare“ waren bisher Hausbesitzer, die ihre Energie mit eigener Solaranlage und Speicher und/oder Wärmepumpe erzeugen. „Demnächst werden auch Besitzer einer Brennstoffzellen-Heizung beitreten können“, kündigte Müller an. Über die stromerzeugende Brennstoffzellenheizung hinaus arbeite man an der Integration von E-Mobilität in die Community. Mit einem individuell berechneten Flatrate-Beitrag rücke Vishare damit zum „breitesten im Markt verfügbaren Strommarktprodukt“ auf. Wie viele Anlagen sein Unternehmen in der Strom-Community aktuell zusammenfasst, wollte Müller nicht beziffern. Nur soviel: Man sei „nicht unzufrieden“. Bislang hat Digital Energy Solutions den Anlagenpool noch nicht miteinander vernetzt und steuert ihn daher noch nicht nach Spot- oder Regelenergiepreisen. Mittelfristig soll die Community aber ein „aktives Instrument der Energiewende“ werden, so der

Geschäftsbereichsleiter. Man sitze bereits an der Bewertung verschiedener Szenarien mit Mehrwerten für Kunden und Netze.

ViShare startete vor gut einem Jahr. Der monatliche Pauschalbetrag beinhaltet einen 20-prozentigen Mehrverbrauchspuffer. Umgekehrt erhält der Anlagenbesitzer einen „Energiesparbonus“, falls er weniger verbraucht./mt

PRODUKTTEST

ADAC: Sechs von zwölf Wallboxen nicht empfehlenswert

München (energate) - Die Qualität von Wallboxen zum heimischen Laden eines Elektroautos schwankt offenbar stark. So kann der Automobilclub ADAC nach eigenen Angaben lediglich die Hälfte der von ihm aktuell getesteten Ladestationen empfehlen, während die andere Hälfte nicht zu empfehlen oder gar durchgefallen sei. Getestet hat der Club demnach insgesamt zwölf Modelle, mit Ladeleistungen von 3,7 kW bis 22 kW.

Sechs Boxen hätten die Noten „sehr gut“ oder „gut“ erhalten und seien damit empfehlenswert, so der ADAC weiter. Drei wurden mit „ausreichend“ bewertet und seien aufgrund großer Schwächen nicht empfehlenswert. Die restlichen drei Ladestationen hätten eklatante Sicherheitsmängel im Test aufgewiesen - sie fielen durch.

Brandgefahr bei „Billiggeräten“

Am besten abgeschnitten hätten die 11-kW-Wallbox des Herstellers ABL (Note 1,0) und die 4,6-kW-Box von Keba (Note 1,3). Sie beide lägen mit 865 Euro beziehungsweise 762 Euro preislich im Mittelfeld. Dahinter folge die 22-kW-Box von Mennekes (Note 1,4), die jedoch mit einem Kaufpreis von 1.903 Euro etwa doppelt so teuer sei.

Vor zwei „Billiggeräten“, die im Internet erhältlich seien, warnt der ADAC sogar ausdrücklich: Dabei handelt es sich um Modelle von Annies-Carparts und Franz Röcker (Note jeweils 5,5). Diese Boxen schalteten bei einer Fehlermeldung den Strom nicht ab, was zu einem Brand oder zu Personenschäden führen könne, so der Club. Die Testergebnisse hat der ADAC auf seiner Website veröffentlicht./dz